

Dienstag, 31. Juli 2007 | Wirtschaft

Streit um Ostseepipeline: Zu viele Anschlussstrassen

Lubmin (ddp) Eineinhalb Jahre vor der geplanten Verlegung der Ostseepipeline Nord Strom von Russland nach Deutschland zeichnet sich ein Streit zwischen Energiegesellschaften um den Bau von Anschlussstrassen in Ostdeutschland ab. Nach einem Bericht des NDR ist der Bau der von Lubmin in das sächsische Olbernhau führenden Gasleitung Opal gefährdet.

Das milliardenschwere Projekt der Wingas AG, einer Tochter von BASF und Gazprom, drohe zu scheitern, weil bereits eine Paralleltrasse von Lubmin nach Börnicke bei Berlin genehmigt wurde. Dabei handelt es sich um die Pipeline Nordal des Hamburger Energiekonzerns Concord Power, der in Lubmin auch den Bau eines Gaskraftwerks plant.

Verhandlungen über eine Übernahme der Nordal durch das deutsch-russische Konsortium seien gescheitert. Nach Angaben von Wingas ist diese Trasse für den Transport des russischen Gases zu klein dimensioniert. Dagegen verwies Concord-Chef Heiko von Tschischwitz, dass man inzwischen die Planungen aktualisiert und den künftigen Durchmesser den Maßen der Ostseepipeline von 1,20 Meter angepasst habe.

Sollte Opal genehmigt werden, schließt Concor Power eine Klage nicht aus. Auch der Naturschutzverband BUND kündigte rechtliche Schritte an, weil die Trassen durch sensible Naturschutzgebiete führt. Sowohl Wingas als auch Concord Power wollen 2008 mit dem Bau starten.

Donnerstag, 02. August 2007 | Wirtschaft

Billen ruft Stromkunden zum Anbieterwechsel auf

Frankfurt/Main (AP) Der neue Vorsitzende des Bundesverbands der Verbraucherzentralen, Gerd Billen, hat die Stromkunden angesichts hoher Preise zu mehr Eigeninitiative aufgerufen. Das könne auch bedeuten, den Anbieter zu wechseln. Die Verbraucher sollten sich „nicht von allen melken lassen“, sagte Billen dem ZDF. Bei genauer Information und einem Wechsel könnte ein „Vier-Personen-Haushalt bis zu 300 Euro im Jahr sparen“.

Donnerstag, 02. August 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Dorfbewohner wehren sich gegen Schweine-Gestank

Fahrbinde (dpa) Gegen den Gestank aus einer Schweinemast-Anlage mit 4600 Plätzen wehren sich die Einwohner von Fahrbinde (Landkreis Ludwigslust). Bei einem Treffen forderten sie den holländischen Investor auf, die Luftreinigung der Anlage in Ordnung zu bringen, bestätigte der SPD-Landtagsabgeordnete Detlef Müller gestern. Dies sei den Einwohnern zugesichert worden. Allerdings plane der Betreiber, die Anlage zu erweitern und die Zahl der Sauen-Plätze zu verdoppeln. Damit würde die Anlage fast die Größe der vom selben Investor mit 10 000 Plätzen geplanten Mast-Anlage in Alt Tellin (Kreis Demmin) erreichen. Gegen deren Bau hat sich in einer Unterschriftenaktion mehr als die Hälfte der wahlberechtigten Einwohner der Gemeinde ausgesprochen.

Montag, 06. August 2007 | Deutschland

SPD-Minister im AKW-Streit schwer belastet

München (ddp) Der ehemalige Geschäftsführer der Vattenfall-Kernenergiesparte, Bruno Thomauske, hat in der Affäre um das Atomkraftwerk (AKW) Krümmel schwere Vorwürfe gegen Schleswig-Holsteins Sozialministerin Gitta Trauernicht und Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (beide SPD) erhoben. Thomauske beschuldigte beide, Informationen zurückgehalten zu haben. Vattenfall habe bereits zwei Tage nach dem Trafo-Brand Ende Juni die Atomaufsicht informiert, dass Rauch in das Schaltanlagegebäude des Atommeilers Krümmel eingedrungen war. Trauernicht habe hier nicht die Notwendigkeit gesehen, „das öffentlich zu machen“. Auch die Atomaufsicht sei direkt nach dem Brand über alle Details informiert worden. Es stelle sich die Frage, warum auch Gabriel die Öffentlichkeit nicht informiert habe.

Montag, 06. August 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Regionalpolitik muss auf globalen Trend reagieren

Experten im Land untersuchen im Auftrag des Landes die Auswirkungen des Klimawandels auf MV. OZ stellt erste Ergebnisse vor.

Schwerin (OZ) Der Küstenrückgang beschleunigt sich, der Grundwasserspiegel sinkt, das Straßen- und Schienennetz wird durch lange Hitzeperioden in Mitleidenschaft gezogen oder von Hochwasser unterspült, durch erhöhte UV-Strahlung nehmen Haut und Augenerkrankungen zu: Vor solchen möglichen Konsequenzen des Klimawandels warnen Experten im Land. Sie forschen seit dem Frühjahr im Auftrag des Landes an den Auswirkungen des klimatologischen Phänomens.

Erste Ergebnisse einer Studie, die mit Beschluss des Landtages vom 29. März dieses Jahres in Auftrag gegeben wurde, liegen jetzt vor. Sieben Arbeitsgruppen untersuchen die Auswirkungen der Klimaveränderung auf Ostsee und Küste, auf Gesundheit, Energie und Verkehr, auf die Wasserwirtschaft, den Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft sowie Regionalentwicklung und Tourismus.

Alarmiert wurden die Abgeordneten in Schwerin durch weltweite Klimaprognosen, die Meeresspiegelanstiege um bis zu 59 Zentimeter bis zum Ende des Jahrhunderts vorhersagen. „Wie sieht dann der Küstenverlauf auf Hiddensee aus, auf dem Darß und an der Wohlenberger Wiek? Wie sehen die Flussniederungen von Peene, Recknitz und Warnow aus? Wie können Sturmfluten verlaufen?“, fragte der SPD-Abgeordnete Gottfried Timm im Landtag. Jetzt soll es möglich werden, Auswirkungen globaler Klimaveränderungen auf die Temperatur, den Küstenverlauf, den Grundwasserspiegel und die Gesundheitsvorsorge anhand aktueller Daten und Modelle vorhersagen zu können. „Ziel ist es, eine auf das Land bezogene wissenschaftliche Analyse zu haben und so die Basis für eine an Klimaschutzziele ausgerichtete Energie- und Wirtschaftspolitik, Landesentwicklung und Raumordnung zu schaffen“, fasst Henning von Storch von der CDU-Landtagsfraktion zusammen. Bis zum 31. März 2008 soll laut Landtagsbeschluss der Abschlussbericht vorgelegt werden.

Zum Ende des Jahres 2008 soll schlussfolgernd ein „auf der wissenschaftlichen Studie basierender fortgeschriebener Aktionsplan“ vorgelegt werden.

„Die Bearbeitung des Themas ist in den Arbeitsgruppen unterschiedlich fortgeschritten“, heißt es aus dem Wirtschaftsministerium, wo die Studie koordiniert wird. An der Forschung beteiligt sind nach Ministeriumsangaben neben den Universitäten im Land und der Hochschule Neubrandenburg zehn verschiedene Institutionen und staatliche Ämter wie das Staatliche Amt für Umwelt und Natur, das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie und das Institut für Ostseeforschung Warnemünde.

NICK VOGLER

Montag, 06. August 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Wasserwirtschaft: Grundwasser geht zurück

Rostock (OZ/nv) Ein Absinken des Grundwasserspiegels bis zu einem Meter wird für MV vorhergesagt. Wegen erhöhter Verdunstungsraten und weniger Schnee im Winter bildet sich weniger Grundwasser neu, da Regenfälle schneller vom Boden abfließen.

Durch das Ansteigen des Meeresspiegels in bestimmten Regionen erhöht sich die Tendenz, dass Salzwasser ins Grundwasser eindringt. „Das betrifft die küstennahen Regionen, zum Beispiel den Darß“, sagt Dr. Beate Schwertfeger vom Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie in Güstrow. Hoher Grundwasserverbrauch könne das Problem noch verschärfen, da das Salzwasser in tiefer liegende Grundwasserspiegel besser eindringen könne. „Die Zeiten unbegrenzter Entnahmen müssen vorbei sein“, sagt Schwertfeger. Die Fachbehörden müssten die Grundwasserentnahme per Gutachten regeln, sei eine deutliche Forderung.

Die Bodenfeuchte im Jahresmittel und in der Vegetationsperiode wird abnehmen. Es wird häufiger mit Starkregenereignissen gerechnet. Veränderte Zu- und Abflussraten können die Gewässerzusammensetzung ändern. An der Arbeitsgruppe Wasserwirtschaft sind beteiligt: Uni Rostock, Hydrogeologie GmbH Schwerin und Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie.

Montag, 06. August 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Energie: Weniger heizen dank milder Winter

Rostock (OZ) Die gute Nachricht: Der Wärmebedarf im Winter wird sinken. Im Sommer wird dagegen der Kühlbedarf deutlich ansteigen, wenn Bauherren mit baulichen Veränderungen nicht rechtzeitig darauf reagieren. Kühlwasser für Kraftwerke könnte im Sommer nur begrenzt zur Verfügung stehen. „Kraftwerke im Land wie Rostock und Lubmin kühlen mit Oberflächenwasser, das erwärmt sich stärker durch mehr Sonneneinstrahlung“, erklärt Dr. Frank Grüttner vom Institut Energie Umweltberatung EUB in Rostock. Dadurch sinke die Temperaturdifferenz zwischen Kraftwerk und Kühlwasser. In anderen Bundesländern mussten Kraftwerke deswegen im Sommer bereits heruntergefahren werden, sagt Grüttner. Ähnliches könnte in Zukunft in MV geschehen.

Extremwetterereignisse wie Hitzeperioden oder Hochwasser können zudem das Straßen- und Schienennetz schädigen.

Niedrigwasser wird die Befahrbarkeit der Flüsse beeinflussen. Betroffen: die Binnenschifffahrt.

Besonderes Augenmerk müsse in Zukunft auf regenerative Energiequellen gerichtet werden. „Möglich, dass sich durch mehr Sonneneinstrahlung neue Möglichkeiten zur Nutzung ergeben“, meint Grüttner. Auch die Untersuchungen der Veränderung von Windgeschwindigkeiten müssten andauern: Für bisher untersuchte Regionen hätten die Modellrechnungen keine Erhöhung der Durchschnittswindgeschwindigkeit ergeben, aber eine Zunahme der Starkwindereignisse. Mögliche Folge: Windanlagen könnten sich häufiger ausschalten.

An der Arbeitsgruppe Energie sind beteiligt: Institut Energie Umweltberatung EUB Rostock, IBZ Hohen Luckow – AFER e. V.

Montag, 06. August 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Gesundheit: Risikogruppen stärker gefährdet

Rostock (OZ) Direkte Auswirkungen auf die Gesundheit werden erwartet. Extreme Temperaturen können bei Risikogruppen direkten Einfluss auf das Auftreten von Atemwegs-, Herz-, Kreislaufkrankungen und Schlaganfällen haben. „In MV werden in Zukunft immer mehr ältere Menschen leben, eine Gruppe, die für extreme Temperaturen besonders anfällig ist“, erklärt Konstanze Fendrich vom Institut für Community Medicine an der Uni Greifswald.

Zwar sei MV durch das von der Ostsee geprägte milde Klima im Vergleich zu anderen Regionen auch in Zukunft weniger betroffen. Doch extreme Wetterlagen, wie der Sommer 2003, könnten in Zukunft häufiger auftreten. „Solche extremen Belastungen betreffen dann neben der Gruppe der Älteren auch immer die Gesundheit von Babys und Kleinkindern besonders“, ergänzt Fendrich.

Durch mögliche erhöhte UV-Strahlung seien vermehrt Haut- und Augenkrankheiten zu erwarten. Indirekte Auswirkungen können sich durch Änderungen der Pollen- und Pilzsporenkonzentrationen ergeben oder durch das Auftreten von Blaualgen oder Stäbchenbakterien. Diese sind für Hautreizungen verantwortlich. Direkte Auswirkungen werden auf das medizinische Versorgungssystem wegen gesteigerter Behandlungsbedarfe in den Ambulanzen erwartet.

Noch nicht geklärt sei von der Wissenschaft, wie sich die zu erwartenden milderen Winter in Zukunft mit positiven Effekten auf Krankheitsfälle und Tod auswirken werden.

An der Arbeitsgruppe Gesundheit sind beteiligt: Universität Greifswald und Universität Rostock.

Montag, 06. August 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Ostsee: Küstenrückgang beschleunigt sich

Rostock (OZ/nv) Sehr wahrscheinlich ist eine deutliche Beschleunigung des Küstenrückgangs von gegenwärtig 35 Zentimetern pro Jahr. Unter Experten wird bereits nicht mehr ausgeschlossen, dass der Küstenrückgang im Jahr 2100 rund einen Meter jährlich betragen könne. Die Eisbildung auf der Ostsee wird deutlich abnehmen, da mit Anstieg der Oberflächentemperatur um zwei bis vier Grad Celsius gerechnet wird.

Dadurch kommt es zu Veränderungen der Sauerstoffsättigung in dem Binnenmeer. Eine Anpassung des Artenspektrums und eine Änderung des Fress- und Vermehrungsverhaltens verschiedener Arten, z. B. Dorsch, ist zu erwarten. Auch Cyanobakterien, die für die Blaualgentepiche verantwortlich sind, könnten bessere Lebensbedingungen vorfinden.

Der Anstieg des Meeresspiegels wird im Land mit 20 bis 30 Zentimetern bis Ende des Jahrhunderts vorhergesagt. „Zusammen mit stärkeren Stürmen, die aufgrund der weltweiten klimatischen Änderungen auch hier auftreten, ist mit größerer Sturmflutgefahr zu rechnen“, sagt Prof. Ralf-Otto Niedermeyer, Leiter des Geologischen Dienstes im Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Güstrow. Das müsse Konsequenzen für den Küstenschutz haben: „Das Gießkannenprinzip wird nicht mehr möglich sein“, sagt Niedermeyer. Es müssten bestimmte Anlagen gezielt geschützt werden. An anderen Orten sei es sinnvoll, Küstenschutz sogar zurückzubauen, um Überschwemmungsflächen vorzuhalten. „Eine Sensibilisierung der Menschen in gefährdeten Regionen ist unabdingbar.“

An der Arbeitsgruppe Meeresspiegelanstieg/Küstenentwicklung sind beteiligt: Uni Greifswald, Leibnitz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde, Institut für Angewandte Ökologie Neu Broderstorf, Staatliches Amt für Umwelt und Naturschutz und Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Güstrow.

Fehler!

Blick auf das Eiland Hiddensee: Der Meeresspiegel wird ansteigen.

Foto: Archiv

Montag, 06. August 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Umweltbundesamt: Chancen für Wirtschaft im Klimaschutz

Wietow (dpa) Der Klimaschutz bietet laut Umweltbundesamt für die deutsche Wirtschaft große Chancen. Weltweit stünden in den nächsten Jahrzehnten mehrere hundert Milliarden Euro Investitionen für klimaverträgliche Energieversorgungssysteme an, hieß es im Vorfeld einer Fachtagung zum Klimaschutz im Solarzentrum in Wietow bei Wismar. Dort tagen heute und morgen rund 200 Experten, Unternehmer und Politiker zu den Themen Klimawandel und erneuerbare Energien. In MV liegt der Anteil regenerativer Energien bei rund 30 Prozent und damit über dem Bundesdurchschnitt.

Termine

Ein Konzert für Trompete und Orgel erklingt am Mittwoch, 8. August, um 20 Uhr in der Petrikirche in Lubmin. Der Eintritt ist frei, um Kollekte wird gebeten.

Mittwoch, 08. August 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Umweltstiftung förderte 216 Projekte

Osnabrück (dpa) Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt hat seit ihrer Gründung 1991 in Mecklenburg-Vorpommern 216 Projekte mit insgesamt 41,5 Millionen Euro gefördert. Wie die Stiftung gestern in Osnabrück mitteilte, waren darunter allein 26 Projekte in Greifswald, in die zusammen 7,5 Millionen Euro flossen. Insgesamt wurden in Norddeutschland 1692 Projekte, die dem Schutz der Umwelt dienen, mit 270 Millionen Euro unterstützt.

Als Beispiel im Nordosten führte die Bundesstiftung das Fluss- und Sonnenbad an der Warnow in Rostock an. Dort schießt die Stiftung 41 000 Euro zur naturnahen Umgestaltung, zur Umweltbildungsarbeit und zu einer Solaranlage zu.

Mittwoch, 08. August 2007 | Ostvorpommern

Ende August beginnt Probebetrieb

Der riesige Hallenbau gleich neben dem Maschinenhaus des alten KKW ist fast fertig. Die Korrosionsschutz GmbH zieht hier ein. Ende August geht's los.

Lubminer Heide „Wir ziehen jetzt um“, sagt Detlef Krebs. „Von Hamburg nach Kühlungsborn.“ Grund: Der 44-Jährige will mit seiner Familie näher dran sein am neuesten Standort der Unternehmensgruppe Krebs in der Lubminer Heide.

Die Rede ist vom Geschäftsführer der Korrosionsschutz GmbH Lubmin. Krebs führt den sich im Aufbau befindlichen Betrieb, der u.a. die Schiffsmodule, die neuerdings im alten Maschinenhaus des ehemaligen Kernkraftwerkes vom Betrieb MAB gefertigt werden, beschichtet. „Wir wollen mit dem Probebetrieb Ende August beginnen.“ Und zwar mit einer Kernmannschaft von 25 Mitarbeitern. „Das sind zum allergrößten Teil Leute hier aus der Region um Greifswald“, sagt er und fügt an, dass später bis zu 75 Mitarbeiter im Zweischichtbetrieb in der neuen Halle arbeiten werden.

Detlef Krebs kennt das Geschäft aus dem Effeff. Schon 22 Jahre ist der sympathische Hamburger in der Firma, die 1949 sein Großvater – ein Kapitän, der für Shell fuhr – gründete und die sein Vater weiter ausbaute. Heute ist das Unternehmen mit 280 Beschäftigten in den Bereichen Industrie und Schifffahrt, Industrie-Dienstleistungen und Anlagenreinigung tätig. Produktionsstätten sind in Wilhelmshaven, Bremerhaven, Kiel, Hamburg, Wismar, Rostock und neuerdings in Lubmin.

Fünf Millionen Euro lässt sich das Unternehmen die neueste Investition gleich neben dem alten Ex-KKW-Maschinenhaus kosten. Und die wirkt jetzt fast schon wie eine Flugzeughalle. „Auf dem Grundstück mit 6000 Quadratmetern Fläche entstehen drei Hallen“, sagt Krebs. „Eine ist 50 Meter, die beiden anderen 40 Meter lang. Sie sind 37 Meter breit und allesamt 14 Meter hoch.“

Der Korrosionsschutz im Lubminer Betrieb werde nach modernsten Gesichtspunkten und Umweltschutzaspekten durchgeführt, erläutert der Geschäftsführer. Die Mitarbeiter wurden in Wismar geschult und ausgebildet. „Sie müssen atemschutztauglich sein und in engen Räumen arbeiten können. Kein einfacher Job. „Aber die Humanisierung der Arbeitsplatzgestaltung spielte bei uns schon immer eine wesentliche Rolle“, sagt Krebs.

Der neue Lubminer Betrieb ist für die nächsten zwei Jahre ausgelastet. Wobei die Grundaustattung im Bereich der Sektionsfertigung zu sehen ist. Die Schiffsegmente sind sozusagen fertig beschichtet wenn sie am Zielort ankommen und könnten dort sofort montiert werden. „Darüber hinaus haben wir ausgezeichnete Gespräche hier am Standort geführt. Alle Unternehmen haben ein gutes Verhältnis miteinander. Das lässt uns auch für die Zukunft hoffen.“

Im Auto des Unternehmers liegen übrigens Laufschuhe. Wenn er in Lubmin tätig ist, werden sie abends geschmürt. Dann geht der verheiratete Vater dreier Kinder auf die Piste. Kiefernduft, Seeluft, Kliffkanten und Bewegung – eine gute Mischung, um fit zu bleiben für den Job.

STEFAN BRÜMMER

Dienstag, 07. August 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Wie sich Bürgerwille Gehör verschafft

Bei Politikern sind sie nicht sehr beliebt. Doch immer mehr Bürger schließen sich in Initiativen zusammen, um für ihre Rechte zu kämpfen.

Rostock (OZ) An die Nachricht im Dezember 2006 kann sich Nils Fahlpahl gut erinnern: Die Müllverbrennungsanlage kommt nicht! Für den 43-Jährigen und seine Mitstreiter von der Bürgerinitiative Poppendorf (Kreis Bad Doberan) eine Siegesmeldung. Zwei Monate zuvor war bekanntgeworden, dass in der Nähe der Gemeinde auf dem Gelände eines Industriebetriebes eine Verbrennungsanlage für 39 000 Tonnen Sondermüll jährlich gebaut werden soll. „Wir haben sofort eine Bürgerinitiative gegründet und die Sache an die große Glocke gehängt“, sagt Fahlpahl. „Es hat geklappt.“

Die Poppendorfer Initiative ist in MV kein Einzelfall. Wie viele der Interessengruppen es im Land gibt, sei nicht bekannt, sagt Ina Latendorf, Sprecherin des Bürgerbeauftragten in MV. „Die Initiativen finden sich meist nur für einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum zusammen und werden statistisch nicht erfasst.“ Registriert werden

Anfragen im Büro des Bürgerbeauftragten. 2006 gingen 1800 Anfragen und Beschwerden ein. Spitzenreiter seien Themen wie Umweltbelastungen durch Betriebs- und Industrieansiedlungen, Straßenbauprojekte und Probleme mit Abwasserverbänden.

Bürgerinitiativen sind nicht nur ein Hort, in dem sich Gleichgesinnte gegen ein Vorhaben oder Projekt aussprechen. Immer häufiger finden sich Bürger zusammen, die in ihrer politischen Gesinnung übereinstimmen. Ein Beispiel ist die Bürgerinitiative gegen rechts, die sich 2006 in Lübtheen (Kreis Ludwigslust) gründete. Bekannt ist auch das Rostocker Bündnis „Bunt statt Braun“. Die Initiatoren hatten sich zusammengefunden als Reaktion auf die Vorfälle im Stadtteil Lichtenhagen 1992, wo gewaltbereite Neonazis eine Anlaufstelle für Asylbewerber attackierten. 300 Firmen, Institutionen und Privatpersonen gehören dazu.

Bürgerinitiativen haben sich für manches Bauprojekt stark gemacht. In Stralsund sammelte die Initiative „Pro A20/Rügenanbindung“ 1998 innerhalb von sechs Wochen 23 000 Unterschriften für den Bau der neuen Rügenbrücke. Der „Volkeswille“ bewegte die Schweriner Landesregierung, dem Bau den Zuschlag zu geben. „Bei Politikern sind die Initiativen weniger beliebt, stoßen sie doch auf Widersacher“, weiß Dr. Conchita Hübner-Oberndörfer, Politikwissenschaftlerin an der Uni Rostock. Scheuen sollten die Volksvertreter die Auseinandersetzung aber nicht. „Das ist gelebte Demokratie.“

Oftmals könnten Politiker von den Bürgeraktivisten profitieren, so die Wissenschaftlerin. „In Bürgerinitiativen bündelt sich oft Fachwissen. Von dort kommen gute Ideen und Vorschläge.“ Zu Fachleuten geworden sind die Mitglieder der Bürgerinitiative „Zukunft Lubminer Heide“. Ihr „Spezialgebiet“: Energie- und Kraftwerkstechnik. So hat Michael Drevlak, Sprecher der Initiative, sofort Fakten und Zahlen parat, die gegen den Bau eines 1600-Megawatt-Steinkohlekraftwerkes bei Lubmin sprechen. Die 120 Mitglieder der Initiative stellen sich gegen die Pläne des dänischen Investors. In diesem Fall auch gegen den Willen der Landesregierung, die den Kraftwerksbau befürwortet. „Manchmal fühlt es sich an, wie der Kampf von David gegen Goliath“, resümiert Drevlak.

Dauids Sieg in Poppendorf hat auch das Selbstvertrauen und den Zusammenhalt der Dorfgemeinschaft gestärkt. Die Initiative wird es weiterhin geben. Mit dem Nachbarn, dem Industriebetrieb, werden Kontakte gepflegt.

THOMAS MANDT

Mitglieder der Initiative Gentechnikfreie Regionen, die 2006 bei Groß Lüsewitz (Kreis Bad Doberan) gegründet wurde.

Dienstag, 07. August 2007 | Titelseite

Kraftwerkspläne am Wirtestammtisch umstritten

Bergen So klar, wie das manche Teilnehmer des Wirtestammtisches vom Deutschen Hotel- und Gaststättenverband auf Rügen (DEHOGA) gern gehabt hätten, konnte sich Landtagsabgeordneter Burkhard Lenz (CDU) vor ihnen nicht positionieren. Erschienen war er zum Thema Steinkohlekraftwerk DONG Energy in Lubmin und direkt von einer Sitzung mit den Mönchguter Bürgermeistern und Wirtschaftsminister Jürgen Seidel (CDU) gekommen. Lenz verteidigte die Standortpolitik des Landes am ausgewiesenen Platz des alten Kernkraftwerkes. „Die vorherige Regierung hat von den Plänen schon gewusst. Auch wenn jetzt alle Oppositionsparteien bis auf die FDP den Standort ablehnen“, so Lenz. Die Liberalen stellen seinen Worten nach vielschichtige Bedingungen. „Wir fordern von der Landesregierung allerdings trotz einer Zustimmung Nachbesserungen für mehr Arbeitsplätze im Konzept von DONG,“ betonte Lenz. Strittig sind vor allem Fragen der touristischen Wirkung und des Kühlwassers vom geplanten Kraftwerk.

Auch der Rügener DEHOGA-Wirtestammtisch ist gespalten. „Die Kohle als Energielieferant ist wegen der Nahrungsmittelsicherheit unverzichtbar. Es geht nicht, statt der fossilen Brennstoffe Lebensmittel zu verfeuern“, sagte der Lohmer Hotelier Matthias Ogilvie angesichts der aktuellen Rohstoff- und Preisdebatte. Hotelier Ralf Schlüter aus Baabe verlangte kompromisslos die Nachrüstung mit Kraftwärmekopplung für das konzipierte Kraftwerk in Lubmin. Hoteldirektor Olaf Mertens aus Juliusruh forderte, die Politik in Schwerin müsse erst einmal ihre Schularbeiten machen.

Donnerstag, 09. August 2007 | Titelseite

Zu viel Dioxin im Dorsch

Lebensmittelkontrolleure in Mecklenburg-Vorpommern bestätigten hohe Werte des krebserregenden Umweltgifts in der Leber des Ostseefisches.

Sassnitz (OZ) Der Marktführer von Dorschleberkonserven, die Neue Rügenfisch GmbH Sassnitz, hat die Produktion dieses Erzeugnisses ausgesetzt. „Wir wollen allen den Wind aus den Segeln nehmen, die behaupten, wir würden dem Verbraucher damit schaden“, sagte Geschäftsführer Klaus Peper.

Wie das Schweriner Agrarministerium gestern auf OZ-Nachfrage einräumte, hatten Kontrollen des Landesamtes für Lebensmittelsicherheit eine hohe Belastung der Dorschleber mit Dioxin bestätigt. Das als krebserregend geltende Umweltgift reichere sich in der sehr fettreichen Leber des Ostseefisches an. Laut Ministerium sei es zum Teil schon

vor Jahrzehnten aus Chemiefabriken und Kohlekraftwerken in die See gespült worden, baue sich dort aber sehr langsam ab.

Nach Angaben des Landesamtes gelten die hohen Dioxinwerte aber ausschließlich für die Dorschleber. „Hering, Dorsch, Aal und Zander aus der Ostsee sind ansonsten kaum mit Schadstoffen belastet“, sagte Angret Bladt vom Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei.

Die Berliner Verbraucherschutzorganisation foodwatch hatte zuvor nach eigenen Untersuchungen schwere Vorwürfe gegenüber Herstellern und Lebensmittelüberwachungs-Behörden erhoben. In Proben von drei deutschen Firmen, die Dorschleber in Dosen auf den Markt bringen, sei die Dioxin-Belastung untersucht und dabei festgestellt worden, dass der Grenzwert angeblich um das Zehnfache überschritten sei. „Inzwischen haben mehrere Supermarkt-Ketten das Produkt aus den Regalen genommen“, sagte Matthias Wolfschmidt von foodwatch.

„Wenn die Kunden weiter Dorschleber essen möchten, sollten die Hersteller Fisch aus der Nordsee verwenden“, schlägt Wolfschmidt vor. Die Nordsee sei weniger mit Schadstoffen belastet als das Binnenmeer Ostsee.

Dorschleber gilt als regionale Delikatesse. Bundesweit wurden bislang pro Jahr etwa vier Millionen Dosen produziert. Rund 70 Prozent liefert Rügenfisch. Der Sassnitzer Hersteller produziert pro Tag insgesamt 250 000 Fischkonserven. Davon macht Dorschleber nur einen Bruchteil aus.

Die Firma Stührk Delikatessen Import GmbH in Marne (Schleswig-Holstein) liefert das Produkt ebenfalls nicht mehr aus.

ELKE EHLERS

Donnerstag, 09. August 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Schadstoff-Werte in Lebensmitteln wenig transparent

Die Neue Rügenfisch GmbH hat auf hohe Dioxin-Werte reagiert und die Produktion von Dorschleber gestoppt. Sassnitz/Rostock (OZ) Liebhaber von Dorschleber werden möglicherweise künftig auf diese Spezialität verzichten müssen. Die meisten Handelsketten haben sie aus dem Regal genommen. Der wichtigste Hersteller, die Neue Rügenfisch GmbH in Sassnitz, hat die Produktion ausgesetzt. Auch die Stührk Delikatessen Import GmbH in Marne (Schleswig-Holstein) hat sich von dem Erzeugnis verabschiedet. „Aus Sicht des Verbraucherschutzes ist das sehr zu begrüßen“, meint Kay Schmekel, der Sprecher des Agrarministeriums von MV. Denn die regionale Spezialität ist stark mit einem Schadstoff belastet, dem als krebserregend geltenden Dioxin. Rechtlich sei den Firmen aber nichts vorzuwerfen. „Es gibt in der Europäischen Union noch keinen festgelegten Grenzwert für Dioxin in Dorschleber“, sagt auch Angret Bladt, Leiterin der Abteilung Schadstoff- und Rückstandsanalytik im Rostocker Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei.

Nachdem die Berliner Verbraucherschutzorganisation foodwatch im Frühjahr auf das Problem hoher Dioxin-Belastung in Dorschleber-Konserven mehrerer Hersteller hingewiesen hatte, gab das Schweriner Ministerium „amtliche Probennahmen“ in Auftrag, so Schmekel. Angret Bladt weiß, dass diese die generelle Aussage von foodwatch bestätigten: „Wenn auch nicht in der gleichen Höhe. Wenn Tiere jünger sind, haben sich zumeist noch nicht soviel Dioxin und dioxinähnliche Stoffe in der Leber angereichert.“

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern veranlasste das Schweriner Ministerium aber keinen öffentlichen Rückruf. Dazu gibt es offensichtlich unterschiedliche rechtliche Auffassungen. Schmekel: „Wir haben aber das Bundesministerium in Berlin aufgefordert, sich für einen eigenständigen EU-Höchstwert bei Fischlebern einzusetzen.“ Die im Dezember 2006 verabschiedete EU-Verordnung über die Höchstgehalte für Schadstoffe in Lebensmitteln enthält Grenzwerte zwar für Milch, Fleisch und Fisch allgemein. Im speziellen auch für Fischleberöl und Aal – nicht aber für Dorschleber.

Im September sollen dazu in Brüssel Beratungen stattfinden. „Deren Ergebnis warten wir ab“, sagt Rügenfisch-Geschäftsführer Klaus Peper. „Dann entscheiden wir, ob wir das Produkt wieder herstellen.“ Denn eigentlich tut es ihm leid um die Spezialität, die bei Kunden in Norddeutschland sehr beliebt ist. Peper hätte kein Problem damit, auf der Verpackung der Dorschleber-Konserven darauf hinzuweisen, dass das Produkt mehr Dioxin als andere Fischspezialitäten enthält. Dann könne der Verbraucher mit Sachkenntnis entscheiden, ob es essen möchte. „Ähnlich wie bei Zigaretten – da steht sogar drauf, dass Rauchen der Gesundheit schadet. Aber sie werden trotzdem gekauft.“ Wo jetzt noch Dorschleber-Konserven im Handel zu finden seien, so der Firmenchef weiter, handle es sich um Restbestände.

Matthias Wolfschmidt von der Verbraucherorganisation foodwatch macht darauf aufmerksam, dass nach Angaben der EU-Kommission jeder Deutsche im Durchschnitt täglich schon soviel Dioxine über Lebensmittel aufnimmt, „wie die Weltgesundheitsorganisation gerade noch für zulässig hält.“ Das bedeute, dass Menschen, die viel Milch, Fisch und Fleisch zu sich nehmen, zuviel Dioxin ausgesetzt sind. „Wollte man die Dioxinbelastung der Menschen deutlich senken, müssten die Grenzwerte in Lebensmitteln so streng sein, dass laut EU-Kommission ein Großteil des Lebensmittelangebots für den Verzehr nicht mehr geeignet ist“, meint Wolfschmidt.

In punkto Dorschleber hat er eine Alternative: Die Hersteller könnten Tiere aus der Nordsee verarbeiten, deren Leber sei weniger belastet.

ELKE EHLERS

Donnerstag, 09. August 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Fischimporte aus Asien oft mit Quecksilber belastet

Rostock (OZ) Bestellen Verbraucher im Fischrestaurant Butterfisch, Schwert- oder Thunfisch können darin erhöhte Mengen von Giftstoffen enthalten sein. „Fisch aus Südostasien ist häufig mit Quecksilber belastet“, sagt Angret Blatt, Chefin der Schadstoff- und Rückstandsanalytik im Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Fischerei, in Rostock.

Bei jeder dritten Probe sei der Grenzwert überschritten. Die Lebensmittelämter hätten bereits mehrfach Partien tiefgefrorenen Fisches aus dem Verkehr gezogen, informiert die Diplomchemikerin. Frauen rät die Chemikerin, während der Schwangerschaft fetthaltigen Importfisch zu meiden. „Die Giftstoffe könnten dem Kind schaden.“ Hering, Dorsch, Aal und Zander aus der Ostsee dagegen sind kaum mit Schadstoffen belastet. Auch Barsch, Hecht und Blei aus den Binnenseen in Mecklenburg-Vorpommern wiesen während eines sechsjährigen Untersuchungszeitraums kaum Rückstände von Umweltgiften auf. „Wir haben lediglich geringe Spuren von Pflanzenschutzmitteln oder Giften wie Lindan, PCB oder DDT gefunden“, so Frau Blatt. Die erlaubten Grenzwerte seien dabei nicht überschritten worden. Zumeist mehr als 500 Proben wurden dazu bei Fischern und Fischgroßhändlern genommen und analysiert.

Zu wenig Beachtung wird nach Auffassung der Expertin bislang den Gefahren geschenkt, die von sogenannten Perfluorierten Tensiden (PFT) ausgehen, die wegen ihrer wasser- und fettabweisenden Wirkung zum Beispiel in teflonbeschichteten Pfannen und wasserabweisender Kleidung eingesetzt werden. Sie gelten als äußerst resistent und verbleiben sehr lange in der Umwelt.

ELKE EHLERS

Donnerstag, 09. August 2007 | Titelseite

Trinkwasser in Wismar mit Bakterien verseucht

Wismar (OZ/PP) Bei planmäßigen Untersuchungen des Trinkwassers durch die Stadtwerke wurden gestern im Wismarer Wohngebiet Dargetzow Bakterien festgestellt. Das bestätigte gestern die Amtsärztin der Hansestadt, Dr. Ute Feuerhake, auf OZ-Anfrage.

Um welche Bakterien es sich handelt, konnte sie noch nicht sagen. Sie schloss jedoch nicht aus, dass Harnstoffe oder Kot zur Verunreinigung des Wassers geführt haben könnten.

Vorsorglich hat die Amtsärztin deshalb für das Stadtgebiet, Barnekow und die Insel Poel eine Warnung herausgegeben. Davon sind rund 50 000 Einwohner betroffen. Die Bereiche Wendorf, Hoben, Zierow und das Wohngebiet Ostseeblick gehörten nicht dazu, hieß es.

„Da es bei empfindlich reagierenden Personen nach dem Genuss des Wassers zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen kommen kann, empfehle ich, bis auf Weiteres weder kaltes noch warmes Wasser direkt aus der Leitung zu trinken. Im abgekochten Zustand gibt es kein gesundheitliches Risiko, ebenso nicht bei der Verwendung für die Körperpflege“, klärt Dr. Feuerhake auf.

In der Hansestadt Wismar sorgen die Wasserwerke in Wendorf und Friedrichshof für die Versorgung mit Trinkwasser, das ausschließlich aus dem Grundwasser aus 60 bis 90 Metern Tiefe gewonnen wird. Nach der Aufbereitung im Wasserwerk gelangt das Wasser über das 272 Kilometer lange Rohrnetz bis zu den Wasserhähnen in den Haushalten. Täglich sprudeln so 6000 bis 8000 Kubikmeter Trinkwasser aus den Armaturen.

Donnerstag, 09. August 2007 | Deutschland

Schärfere Regeln für genveränderte Pflanzen

Das Bundeskabinett hat die umstrittene Neufassung des Gentechnikrechts gebilligt. Dagegen regt sich erheblicher Widerstand.

Berlin (dpa) Für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen sollen künftig schärfere Regeln gelten. Das Bundeskabinett gab am Mittwoch grünes Licht für das umstrittene neue Gentechnikgesetz von Agrarminister Horst Seehofer (CSU). Demnach muss zwischen Genmais und konventionellen Pflanzen künftig 150 Meter Mindestabstand eingehalten werden, zwischen Gen- und Ökomais sogar 300 Meter. Durch Absprachen mit dem Nachbarn können Landwirte die neuen Abstandsregeln allerdings umgehen. Ein Gen-Bauer muss bei Vermischung mit konventionellen Pflanzen unabhängig vom Verschulden haften, wenn kein Verursacher gefunden wird. Eine Entschädigung soll aber erst bei einem genveränderten Anteil von mehr als 0,9 Prozent greifen.

Auf die Regelung hatte sich die Große Koalition nach monatelangem Streit geeinigt. Das Haftungsrecht wird nicht verändert. Die Forschung an genveränderten Pflanzen soll vereinfacht werden, zum Beispiel durch schnellere Anmeldung bei der Forschung innerhalb von Gebäuden. Die vorgesehenen Erleichterungen für die Gentechnik-Forschung sind nach Ansicht von Mecklenburg-Vorpommerns Agrarminister Till Backhaus (SPD) eine große Verbesserung der Novelle des Gentechnikgesetzes.

Das Gesetz stößt allerdings auf großen Widerstand bei Bauern, Umweltverbänden und der Bundestagsopposition. Mit dem Entwurf müssen sich nun sowohl Bundestag als auch Bundesrat noch befassen. Union und SPD hatten im Koalitionsvertrag vereinbart, Forschung und Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft zu fördern. Agrarminister Horst Seehofer (CSU) wies die Kritik zurück. „Die einvernehmliche Zustimmung des gesamten Kabinetts ist ein Ja zu mehr Klarheit und Sicherheit bei der Gentechnik“, sagte er. Das Gesetz schütze den konventionellen Anbau sowie den Öko-Landbau. Auch die Interessen von Verbrauchern und Forschung würden berücksichtigt. Forschungsministerin Annette Schavan (CDU) sagte, die Arbeit im Labor und kontrollierte Freisetzungsversuche würden erleichtert. Sie forderte aber „Perspektiven“ für die Anwendung. Die Grünen-Verbraucherpolitikerin Ulrike Höfken warnte vor einer „dramatischen“ Unterschätzung der Folgen des Gesetzes. Durch die Ausnahmen würden „riesige unkontrollierbare Einfallstore“ für Verunreinigung geschaffen. Der Bauernverband sieht keine ausreichenden Fortschritte für die Forschung, aber auch unkalkulierbare Haftungsrisiken, weil Gen-Bauern bei Verunreinigungen unabhängig vom Verschulden haften müssen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) warnte vor einer unkontrollierten Ausbreitung genveränderter Organismen. „Seehofers Gentechnikgesetz lädt dazu ein, Deutschlands Äcker zum Freiluftlabor für Gentechnikexperimente zu machen“, sagte Heike Moldenhauer vom BUND. Die FDP-Agrarpolitikerin Christel Happach-Kasan sprach von einem „schwarzen Tag“ für die Biotechnologie. Auch die KWS Saat AG – nach eigenen Angaben größtes deutsches Pflanzenzüchtungsunternehmen – sieht das Gentechnikgesetz als Hemmnis.

Donnerstag, 09. August 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Kreistag: Mindestens sieben Landkreise

Schwerin (OZ/dpa) Für künftig mindestens sieben Landkreise in MV hat sich der Landkreistag ausgesprochen. Kriterien seien Flächenobergrenzen wie auch Einwohnerdichten, sagte Geschäftsführer Jan Peter Schröder gestern in Schwerin. „Wir müssen außerdem über die Einkreisung von kreisfreien Städten reden“, sagte er. Vermutlich blieben davon lediglich Schwerin und Rostock ausgenommen. Der Landkreistag will bis Mitte September eigene Eckdaten für eine verfassungskonforme Verwaltungs- und Kreisgebietsreform vorlegen, wie es hieß. Das Landesverfassungsgericht hatte das Gesetz unter anderem wegen zu groß geplanter Kreise und mangelnder Mitwirkung der Kommunen gekippt.

Unterdessen glaubt Sachsens Innenminister Albrecht Buttolo (CDU), dass das Greifswalder Urteil zur Kreisreform „nicht auf den Freistaat übertragbar“ sei. Wie Mecklenburg-Vorpommern planen auch Sachsen und Schleswig-Holstein eine Gebietsreform.

Buttolo stützt sich darauf, dass in Sachsen nicht die Bildung von Großkreisen vorgesehen sei. Das Landesverfassungsgericht Greifswald hatte sich vor allem an der Größe der geplanten fünf Kreise gestoßen. Zudem hat sich Sachsen laut Buttolo anders als MV frühzeitig um Ausweich-Varianten gekümmert. Widerstand ist dennoch zu erwarten: Die Kreise Grimma und Plauen kündigten bereits an, klagen zu wollen.

In Kiel will die Große Koalition im September eine Entscheidung treffen. Großkreise, wie sie Innenminister Ralf Stegner (SPD) favorisiert, scheinen jedoch vom Tisch. Diskutiert wird, dass mit Flensburg und Neumünster nur noch zwei von vier kreisfreien Städten ihren Status verlieren.

Donnerstag, 09. August 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Atomtransport von Rheinsberg nach Lubmin

Rheinsberg (OZ/köp) Das hochradioaktive Reaktordruckgefäß des früheren Kernkraftwerks Rheinsberg (Brandenburg) wird noch im Herbst per Bahn ins Zwischenlager Lubmin gebracht. Der 130 Tonnen schwere Behälter werde in einem Stück transportiert, hieß es gestern von den Energiewerken Nord. Der einstige Reaktor wird seit 1995 demontiert. Er war 1966 das erste Kernkraftwerk der DDR.

Neun Castor-Behälter aus der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe werden dagegen nicht vor Ende 2008 nach Lubmin rollen. Meldungen, wonach der Transport bereits in diesem Herbst stattfinden werde, dementierte das Stuttgarter Umweltministerium auf OZ-Anfrage. Das Bundesamt für Strahlenschutz bestätigte, dass aus Lubmin zwei Anträge auf Einlagerung der Behälter vorliegen. Eine Genehmigung werde jedoch nicht vor Ende 2007 erteilt.